Nr. 27 — 20. Jahrg. — Donnerstag, 3. Februar 1921

Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Sächsische Volkszeitung

Fernsprecher: Redaktion 21366 — Geschäftsstelle 15019
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Bezugspreis: Vierteljährlich frei Haus Ausgabe A mit illustrierter Beilage 19.75 M, Ausgabe B 11.25 M einschließlich Postbestellgeld
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen-Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Petit-Spaltzeile 1.40 M, im Reklameteil 3.50 M, Familienanzeigen 1.20 M. — Für undeutlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Die Furcht vor dem Bruch

Von einem besonderen außenpolitischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Allmählich sickern über die tieferen Beweggründe, die zu den alle Welt überraschenden Pariser Beschlüssen führten, Nachrichten durch, die einen interessanten Blick hinter die Kulissen gestatten. Wenn auch über diese Dinge von den Beteiligten anfänglich Stillschweigen bewahrt wird, so kann es doch nicht verhütet werden, daß sich die Wahrheit durchringt. Und diese Wahrheit geht, kurz umschrieben, dahin, daß die jetzigen Beschlüsse der Alliierten nicht übereinstimmen mit ihren politischen Zielen!

Man wird nicht wenig erstaunt sein, dies zu hören in Anbetracht der auch jetzt wieder aller Orten verkündeten „unerschütterlichen" „Einigkeit" der Entente! Wir wollen auch keineswegs mit unseren Mitteilungen irgend welche Hoffnungen auf eine Uneinigkeit der Entente erwecken. Es wäre der gefährlichste und für unsere Interessen schädlichste Trugschluß, wenn auf solche Momente etwa gar politische Hoffnungen oder Entschließungen aufgebaut würden. Insoweit die rücksichtsloseste Anwendung der Friedensbedingungen von Versailles in Frage steht, insoweit es sich insbesondere darum handelt, auch über den Versailler Vertrag hinweg mit den schwersten Zwangsmitteln auf Deutschland einzuwirken, um das Möglichste aus dem deutschen Volke herauspressen, insoweit wird sich die Gemeinschaft der Entente immer wieder zusammenfinden. Darüber darf es bei uns nicht den geringsten Zweifel geben!

Aber das alles darf uns nicht daran hindern, den Vorgängen innerhalb der Entente unser Augenmerk zu schenken. Und es steht fest, daß die Beschlüsse von Paris nur unter der Furcht vor dem Bruch des Ententeverbandes zustande gekommen sind! Es war Frankreich, welches mit diesem Bruche drohte. Die französischen Politiker spielten in der Pariser Konferenz ein gar verwegenes Spiel. Es kann nach den Informationen, die wir heute schon besitzen, kein Zweifel darüber bestehen, daß die Franzosen den Engländern gegenüber drohten, von all ihren Zugeständnissen hinsichtlich der Betätigung der englischen Politik im Orient und anderswo zurückzutreten und sich gegebenenfalls auf eigenes Risiko hinsichtlich Deutschlands volle Handlungsfreiheit zu schaffen! Die Gegenforderung von England bezüglich der finanziellen und sonstigen Leistungen Frankreichs an England vermochte nicht durchzuschlagen. So stand tatsächlich die Pariser Konferenz letzten Endes unter dem Drucke einer unerhörten Angst vor dem Zerbrechen. Daraus erklärt sich letzten Endes auch der Umfall Englands, das im gegenwärtigen Augenblick eine solche Entwicklung der Dinge auf dem Kontinent noch nicht wünschen kann, weil es seine anderweitigen Interessenkämpfe noch nicht ausgetragen hat.

Die jetzige „Einigung" in Paris ist aber erkauft mit einer ernsten Lüge. Das gibt uns die Hoffnung, daß der Pariser Beschluß von der Wucht der Ereignisse hinweggefegt wird. Man hat das französische Volk in einen Jubelrausch versetzt und die französischen Politiker brachten es nicht zuwege, die Ernüchterung vorzubereiten. England sieht die Unzuverlässigkeit dieser Illusionspolitik wohl ein, und Lloyd George versuchte ja auch klar zu machen, daß die wirtschaftlichen Sanktionen, mit denen Erlaß Frankreich reichen kann, nur endigenweise von den Phantasiesitzern der Franzosen abstehen müssen. Der Pariser Berichterstatter der Londoner „Westminster Gazette" selber ist es, der in dieses Lügengespinst hineinleuchtet. Er spricht es rund heraus, daß die französische Bevölkerung belogen und betrogen worden ist, und daß es „fatal" ist, längere Zeit mit einer Lüge zu leben. Es heißt dann wörtlich weiter: „Schließlich wird die Bevölkerung in Frankreich wütend sein, wenn sie hört, daß man sie betrogen hat. Aber diese Wut wird vorübergehen und das Ergebnis, daß man die Wahrheit in den Vordergrund gebracht hat, wird nur heilsam sein können. In Entsetzen fangen schon viele Leute an, die Wahrheit zu ergründen. Aber man verfällt über ein erstaunliches Maß von Selbsttäuschung. Falls der Lüge ein Ende gemacht wird, wird eine unvermeidliche Folge davon sein, daß die Entente auseinanderfällt. Die Entente war bereits längere Zeit gefährdet und nichts hat sie so viel benachteiligt, wie die Frage des Schadenersatzes". Das jetzige Pariser Ergebnis wird als eine „großzügige Maskierung" bezeichnet.

In der Tat: Noch nie stand die Welt vor einem größeren Lug und Trug vor einem erbärmlicheren Gaukelspiel, als jetzt! Und auf solcher brüchiger Basis sollen wir einen Vertrag zu einem Sklavendienste unterzeichnen, der nicht nur die lebende Generation und den nicht nur die eben erst geborene, sondern den auch noch eine ungeborene Generation leisten soll. Die Pariser Weltdiktatoren wollen mit solchem Pakt dekretieren, daß die Weltgeschichte in den letzten 42 Jahren still steht! Und sie wissen selber nicht, ob nicht schon morgen ihr „Bund" vom Hauche der Weltereignisse verweht! Sie, die heute schon innerlich vollständig auseinanderstreben, und die nur noch einmal durch den Haß gegen die Besiegten, zum anderen durch das gemeinsame Interesse an Wucher- und Schiebergeschäften grandiosesten Stiles zusammengehalten haben, wollen sich heute schon vermessen, daß dieser Sklavenhalterbund, als der sich die Entente immer mehr entpuppt, in 42 Jahren noch besteht! Wie lächerlich und wie erbärmlich macht sich dieses auf Sand gebaute Luftschloß armseliger Wichte, wenn man es nur näher betrachtet! An der großen Lüge, mit der man den Ententevölkern auf Kosten einer halbjahrhundertjährigen Sklaverei eines hochhitzigen Volkes die Glückseligkeit verheißt wird die Entente sterben!

Aus dem Reichstage

Berlin, 2. Februar

Eine geschichtliche Stunde

Ein weihevoller Ernst liegt am Mittwoch über dem Hause. Die Vertreter des deutschen Volkes sollen Stellung nehmen zu der Erklärung, die in der gestrigen Sitzung der Außenminister Dr. Simons im Namen der Reichsregierung zu den Pariser Vorschlägen abgab. Zunächst spricht wirkungsvoll in Inhalt und Form der Abg. Schiffer namens der Regierungsparteien mit Einschluß der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes. Es ist ein glattes „Nein", mit dem sein Mund der Herzensstimmung eines beinahe verzweifelnden, innerlich aber immer noch vom Lebenswillen erfüllten Volkes Ausdruck gibt. Tosende Zustimmung folgt seinen Worten, die sich ebenso kräftig wiederholt, da der Abg. Müller-Franken von der Mehrheitssozialdemokratie am Schlusse seiner Ausführungen den Satz trägt, daß die Entente niemals eine Regierung finden wird, die einem solchen Plane, sei er noch Vorschlag oder Diktat, zustimmen werde. Der Redner der Demokratischen Volkspartei, Abg. Hergt, findet ebenfalls sicherste Worte, kritisiert jedoch die Stellungnahme des Außenministers in Bezug auf die Entwaffnungsfrage. Damit hat die heutige Sitzung ihren Höhepunkt überschritten; denn nun kommen die Redner der Linken zu Wort. Zunächst der Abg. Ledebour, der namens seiner Freunde auch bei dieser Gelegenheit eine nichtssagende Agitationsrede über Fragen, die tiefst waren, falls wir hinzuzufügen werden zu halten weiß. Schließlich aber findet er doch noch ein Wort zur Sache und lehnt die Vorschläge der Pariser Konferenz als unannehmbar ab, nicht zuletzt, weil die Arbeiterschaft unter den Folgen am ärgsten und stärksten zu leiden haben würde. Dann spricht Dr. Levi der VKD. Mit kräftender Stimme sucht er, dessen Gedankenwelt innerhalb der beiden Begriffe Imperialismus und Sowjetstaat liegt, seine Weisheit den Tribünenbesuchern beizubringen, da das Haus allmählich eine gähnende Leere aufweist. Wieder einmal zeigt die äußerste Linke, daß ihr in ihrer Parteigewinnsucht jede Gelegenheit zum Geschäftemachen recht ist. Der Reichstag hat sich bereits leider damit abfinden müssen, das deutsche Volk wird jedoch hoffentlich einmal solch sinnloses Vergeßen unserer Zusammenarbeitlerei mit dem Stimmzettel quittieren. Doch jener unangenehme Eindruck, hervorgerufen durch die äußerste Linke, wird verwischt, als der Reichspräsident, Abg. Löbe, in markiger Art zusammenfassend vom Präsidentenstuhl aus einen Rate- und Warnungssignal in die Welt hinausschickt. Da hieß man wieder, daß man unser Deutschland lebt, im deutschen Reichstage sitzt und deutsche Wille deutlich, kräftig noch stark und in einem Volke, das in seiner Einheit bedroht ist. Die unentwickelten Herren Crispien, Adolf Hoffmann und Levi suchen nun noch die Erklärung des Präsidenten in einer Geschäftsordnungsdebatte als unzulässig hinzustellen, wobei die Herren in bekannter Weise sowohl mit der Logik, Adolf Hoffmann außerdem auch noch mit der deutschen Grammatik schwer auf Kriegsfuß kommen. Ihr macht Abg. Trimborn ein Ende, indem er auf das ungeschriebene Notrecht hinweist, von dem der Herr Präsident in ernster Würdigung dieser geschichtlichen Stunden Gebrauch gemacht habe. So klingt der erste Punkt der Tagesordnung aus, wie er begonnen, ernst, würdig und willensstark: nämlich nach einer Kundgebung des Präsidenten des bayerischen Landtages, die durch den Abg. Dr. Pfeiffer zur Verlesung kommt.

Der nachfolgende Teil der Sitzung hatte rein formellen Charakter. Man erledigte die in der vergangenen Woche zurückgestellten Abstimmungen über den Wehrgesetz und den Erlaß von Verordnungen für die Zeit der Übergangswirtschaft, die glatt angenommen wurden. Dann folgte die zweite Beratung der Novelle zum Betriebsrätegesetz, betreffend die Betriebsbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung ein. Für alle Parteien sprach der Abg. Schlack vom Zentrum, der darauf hinwies, daß die gesamte wirtschaftliche Lage darauf hindränge, zur Gemeinschaftsarbeit zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft zu gelangen, weil nur so die so dringend nötige Steigerung unserer Produktion zu erreichen ist. Die unter diesen Umständen besondere Gefährdung von Betriebsgeheimnissen soll durch diese Novelle möglichst hintangehalten werden. Nach kurzen Beratungen des Geschäftsordnungsausschusses vertagte sich sodann das Haus.

Kommunistische „Sozialpolitik"

Im Gegensatz zu den Kämpfen zur Reichsbetriebsrätewahl im Januar 1919, wo die Kommunisten eine Beteiligung ablehnten, haben sie bei den Zumutungen zum Betriebsrätegesetz mitgetan und fast eine halbe Million Stimmen auf sich vereinigt. Sie wollten durch die Stimmabgabe im Ziel zum Ausdruck bringen, daß sie nunmehr auch das Parlament in den Dienst ihrer Sache stellen würden. Weniger allerdings auf dem Wege positiver praktischer Mitarbeit, als um auch hier eine „Politik des revolutionären Kampfes" zu führen. Mit welchem Erfolge, legte vor einigen Tagen das mehrheitssozialistische „Echo" Hamburg an folgenden bezeichnenden Beispielen dar:

„Die Kommunisten haben in der letzten Reichstagssitzung vor Weihnachten 1920 gegen das Gesetz gestimmt, das die Invaliden-, Alters- und Witwenrenten um 40 Mark, die Waisenrenten um 20 Mark monatlich erhöht. Sie haben dann gegen das Gesetz über die beschleunigte Einziehung der Reichsnotopfer gestimmt, wonach die Besitzenden ein Drittel ihrer Vermögenssteuer schon im nächsten Jahre zu bezahlen haben.

Wäre es nach den Kommunisten gegangen, so wäre also den Rentnern der Genuß der erhöhten Weihnachtsgabe, die ihnen der Reichstag auf den Tisch legte, vorenthalten geblieben. Dagegen hätten die Reichen der Reichen das erste Drittel ihrer Vermögenssteuer nicht schon im nächsten Jahre, sondern erst in den nächsten 10 bis 16 Jahren bezahlen müssen.

In der Einzelberatung haben die Kommunisten [illegible] den entscheidenden § 1 des Notopfergesetzes sowohl im Ausschuß wie auch im Plenum, ebenso auch wie die folgenden Bestimmungen. Sie haben also alle den Parteien des Blockes angenommenen, das ganze Gesetz nur zum Schluß abgelehnt."

Der „[illegible] Kampf" der Kommunisten im Reichstag gestaltet sich, so bedeutet das abgekürzte sozialdemokratische Organ als Schluß, immer mehr als ein „Verrat der Arbeiterinteressen zur Förderung kapitalistischer Interessen". Das „Echo" hat dies vergessen, die Kommunisten ebenso gewissenhaft nach wie die sozialdemokratischen in der falschen Einheitsfront mit [illegible] „Alles oder Nichtspolitik." [illegible] Aufsprüche [illegible] die Kommunisten im [illegible] Land [illegible] Sie [illegible] Arbeit [illegible] werden.

„Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Tätigkeit der Kommunisten für die Erwerbslosen wenigstens mit [illegible] Gewaltmaßnahmen [illegible] — wie wenig [illegible] Tätigkeit der kommunistischen Führer in der an die Massen „[illegible] rein politische Propagandistische Gesichtspunkte, [illegible] zu [illegible] zu leeren, ist [illegible] Jahre 1921. [illegible] Kühen ist, [illegible] Mangel [illegible] wenig [illegible] als mit [illegible] Arbeit nun [illegible] werden."

Verschlagenheit ist [illegible] aus welchen Gründen für die Kommunisten der Deutschnationalen [illegible] Deutschen Volkspartei [illegible] jedoch werden zwei Momente [illegible] die im wesentlichen zu dem Riß nach rechts geführt haben, und zwar sind dies unsere der Friedensvertrag von Versailles und letzte die Erwerbsarbeitslosigkeit. Die Sozialdemokratie ist ein Politikum für sich, trotz wirtschaftlicher Not und langer Zukunftssorge von Zentralismus und liberaler Begeisterung erfüllt und erkannte die sachliche Notwendigkeit der Unterzeichnung nicht oder nicht in vollem Maße. Dazu kam dann die leidige Erwerbslosigkeit, welche auch der Zentrumswähler manch unangenehme Stunden bereitete.

Die Jugend ist das gärende, vorwärtsdrängende Element in jeder Gemeinschaft noch unentschieden, dem Einflüssen und Eindrücken von außen und innen ausgesetzt, sehnt sie sich doch danach, sich zu entscheiden. Die Jugendorganisationen der Zentrumspartei, ganz besonders die der Jungakademiker, befindet sich heute, nach der politischen Kundgebung, im Entwicklungsstadium. Mit aller Kraft muß die Organisation für die katholischen Studenten gerade in der Diaspora eintreten. Endlich haben wir die Zentrums-Akademiker-

Der akademische Nachwuchs des Zentrums

[illegible]